

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2969

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2969



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Argumentarium gegen die Revision des CO²-Gesetzes

Die Kommunisten sind gegen diese Gesetzesrevision, weil ...

1. Der erwartete Anstieg des Benzinpreises (zwischen 10 und 12 Rappen pro Liter) ist eine indirekte Steuer, die – wie im Falle der Mehrwertsteuer – die Lohnunterschiede nicht berücksichtigt und auch keinen Unterschied macht zwischen einem Milliardär und einem prekären oder arbeitslosen Arbeitnehmer – alle zahlen die gleiche Steuer.
2. Es ist auch ein indirekter Effekt zu erwarten, der zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten führt: Der Anstieg der Transportkosten z. B. für Waren wird sicherlich auf die Verbraucherpreise und damit auf die Kaufkraft der Bevölkerung überwältigt. Dasselbe gilt für die Heizölsteuer, die ohne andere Sicherheiten die Mieten belastet.
3. Es ist illusorisch, an eine Änderung der Art und Weise zu glauben, in der die Menschen ihre Mobilitätsbedürfnisse befriedigen, so lange nicht Alternativen durch einen radikalen Ausbau des öffentlichen Verkehrs geschaffen bzw. Abonnements und Billette erschwinglicher sind.
4. Die Hauptverursacher, d. h. stark umweltverschmutzende Unternehmen (die durch den Kauf von so genannten «Emissionsrechten» auf dem Markt weiterhin CO² ausstossen dürfen) oder der Finanzplatz (die Investitionen der Schweizer Banken in fossile Brennstoffe verursachen 22-mal mehr CO²-Ausstoss als die Schweiz jährlich produziert!).
5. Für die Kommunisten ist es jetzt mehr denn je notwendig, den Staat auch im energetischen Bereich in den Mittelpunkt der wirtschaftlichen Initiative zu stellen: den Prozess der Marktliberalisierung aufzugeben und die in diesem strategischen Bereich aktiven Unternehmen sowie den öffentlichen Verkehr zu verstaatlichen. Ausserdem sollte ein weitreichender Plan für öffentliche Bauvorhaben in Angriff genommen werden, um das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln, die Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen und die Renovierung alter Gebäude zu forcieren.

